

Ausgabe Nr. 4 / 24.3.2006

In aller Kürze

➤ Enorme Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung gibt es in Westdeutschland sowohl zwischen den Bundesländern als auch zwischen den Kreisen. Mit dem Projekt „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ werden Erklärungen für diese Beschäftigungsunterschiede gesucht.

➤ Danach ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Westdeutschland zwischen 1993 und 2001 jährlich um durchschnittlich knapp 0,2 Prozent zurückgegangen. Nur Bayern und das Saarland konnten in dieser Zeit einen Beschäftigungszuwachs verzeichnen.

➤ Hochqualifizierte Beschäftigte sowie kleine und mittlere Betriebe haben eine positive Beschäftigungswirkung, während große Betriebe und ein hohes Lohnniveau zu Verlusten beitragen.

➤ Eine überdurchschnittliche Entwicklung bewirken vor allem Branchen des tertiären Sektors wie wirtschaftsbezogene Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen sowie freizeitbezogene Dienstleistungen.

➤ Regionale Standortbedingungen – wie eine günstige Lage oder die Infrastruktur – haben im Vergleich zu den anderen untersuchten Determinanten einen besonders starken Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung.

Autor/in

**Oliver Farhauer
Nadia Granato**

Regionale Arbeitsmärkte in Westdeutschland

Standortfaktoren und Branchenmix entscheidend für Beschäftigung

Eine vergleichende Länderstudie zeigt Vor- und Nachteile von Regionen und liefert erste Hinweise auf Handlungspotenziale

Die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland ist durch erhebliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Für Erfolg versprechende beschäftigungspolitische Förderkonzepte ist es von besonderer Bedeutung, die Determinanten der regionalen Unterschiede zu kennen.

In einem bundesweiten Forschungsprojekt des regionalen Forschungsnetzes des IAB zur „Vergleichenden Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA) wurden die Gründe für regionale Entwicklungsunterschiede untersucht. In diesem Kurzbericht werden die Ergebnisse für die westdeutschen Bundesländer und Kreise vorgestellt.

Arbeitsmarkt und regionale Disparitäten

Die Arbeitsmarktentwicklung verläuft nicht homogen, sondern ist durch erhebliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Auf der Kreisebene reichen die Werte in Westdeutschland von 2,7 Prozent Beschäftigungszuwachs in Freising bis 3 Prozent Beschäftigungsabnahme in Gelsenkirchen (vgl. *Karte auf Seite 3*). Auf der Ebene von Bundesländern gibt es ebenfalls deutliche, wenn auch kleinere Unterschiede (vgl. *Tabelle 1 auf Seite 2*).

Eine Erklärung dieser Disparitäten ist umso wichtiger, als sie unter den einheitlichen institutionellen Bedingungen eines Landes nicht auf Unterschiede in der Arbeitsmarktflexibilität oder bei den Sozialleistungen zurückgeführt werden können. Will man regionale Disparitäten erklären und nicht nur beschreiben, sind ökonomische Ausstattungsunterschiede zwischen Regionen wie der Branchen- oder Betriebsbesatz als erklärende Einflüsse heranzuziehen. Dazu bindet das regionale Forschungsnetz des IAB in seinem bundesweiten Projekt „Verglei-

chende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA) solche Ausstattungsfaktoren in einen ökonometrischen Ansatz ein. Für die empirische Analyse wird die Historikdatei der Beschäftigtenstatistik verwendet, die die Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthält.

Dieser Kurzbericht stellt die zentralen Ergebnisse für Westdeutschland, wo die Beschäftigungsentwicklung zwischen 1993 und 2001 untersucht wurde, zusammen. Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind im IAB-Kurzbericht 25/2005 dargestellt. Neben diesen Kurzberichten existiert für jedes Bundesland eine ausführliche Länderstudie. Diese sind im Internet unter iab.de/iab/publikationen/regional.htm zu finden.

Beschäftigungsentwicklung

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in Westdeutschland (ohne Berlin) zwischen 1993 und 2001 pro Jahr um durchschnittlich knapp 0,2 Prozent zurückgegangen. Von den zehn alten Bundesländern hat die Beschäftigung nur in Bayern (0,15 %) und im Saarland

(0,07 %) zugenommen (vgl. **Tabelle 1**). Auf Platz 3 und 4 folgen mit leichten Beschäftigungsverlusten Niedersachsen und Hessen. Die stärksten Rückgänge sind in den Stadtstaaten Bremen (-1,0 %) und Hamburg (-0,38 %) aufgetreten. Im Vergleich zu den neuen Ländern sind diese Rückgänge aber relativ moderat, denn dort lag der durchschnittliche jährliche Rückgang bei -2,5 Prozent.

Die Differenz zwischen der besten und der ungünstigsten Entwicklung beträgt im Westen auf Bundeslandebene damit fast 1,2 Prozentpunkte. Deutlicher als zwischen den Bundesländern unterscheidet sich die Beschäftigungsentwicklung *innerhalb* der jeweiligen Bundesländer.

Bei den Flächenstaaten reicht die Spannweite auf Kreisebene von 1,5 Prozentpunkten im Saarland bis zu 5,3 Prozentpunkten in Bayern. Von den 326 berücksichtigten Kreisen weisen weniger als die Hälfte (154 Kreise) einen Beschäftigungszuwachs auf.

Unterscheidet man nach raumstrukturellen Gesichtspunkten, so wird deutlich, dass nur knapp ein Fünftel der 60 westdeutschen Kernstädte Beschäftigung gewinnt, während dies für mehr als die Hälfte der anderen Kreise zutrifft. In den Kernstädten Gelsenkirchen und Pforzheim wurden die meisten Arbeitsplätze abgebaut, während in Ingolstadt der größte Zuwachs auftrat.

Ein weiterer auffälliger, systematischer Unterschied ist darin zu erkennen, dass die Kreise entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze südlich des niedersächsischen Gifhorn bis zum bayerischen Landkreis Hof Beschäftigung verloren haben. Die einzige Ausnahme bildet der Kreis Fulda in Hessen. Auf der anderen Seite der ehemaligen Grenze ist die Tendenz genau umgekehrt: Hier war die kreisspezifische Beschäftigungsentwicklung überwiegend positiv. Weitere Beispiele für regional abgegrenzte Entwicklungen innerhalb eines Bundeslandes sind der Nordosten Bayerns und das nördliche Ruhrgebiet, die durch ihre sehr ungünstige Beschäftigungsentwicklung auffallen.

Determinanten der Beschäftigung

Mit VALA werden Erklärungen für diese regionalen Beschäftigungsunterschiede gesucht. Aus der Sicht verschiedener ökonomischer Ansätze und Theorien – wie Regionalökonomik, Produktlebenszyklushypothese, Ansätze zum Strukturellen Wandel, Humankapitaltheorie, endogene Wachstumstheorie u.a. – zählen bei der Erklärung der Beschäftigungsentwicklung die Qualifikation, das Lohnniveau, die Branchenstruktur und die Betriebsgröße zu den wichtigsten Determinanten und

werden deshalb auch in dieser Analyse verwendet. Während es sich hierbei um Faktoren handelt, die unabhängig von der Region einen bestimmten Effekt zeigen, wirken darüber hinaus lokale Faktoren, die die besonderen Standortbedingungen einer Region widerspiegeln. Die Einflüsse der genannten Faktoren auf die Beschäftigungsentwicklung werden mit einer Shift-Share-Regression quantitativ bestimmt (vgl. **Kasten auf Seite 5**). In die Regressionsanalyse gehen die Daten aller westdeutschen Kreise (ohne Berlin) für die Jahre von 1993 bis 2001 ein.¹

Qualifikation

Die Schöpfung neuen Wissens und die daraus abgeleitete Entwicklung innovativer Produkte sind häufig Quellen für beschäftigungswirksames Wirtschaftswachstum (vgl. Grossman/Helpman, 1991; Rottmann/Ruschinski, 1997). Produktinnovationen erfordern in hohem Maße Humankapital, so dass wirtschaftliche Prosperität und als Folge eine Zunahme des Beschäftigungsvolumens vor allem in Regionen zu erwarten sind, die über gut ausgebildete Arbeitskräfte verfügen. Die Regressionsergebnisse bestätigen diese Erwartung: Je höher der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss in einer Region, desto besser ist die Beschäftigungsentwicklung. Besonders deutlich wirkt sich der Qualifikationseffekt in Hamburg aus. Der positive Effekt von 0,25 besagt, dass die Beschäftigungsentwicklung aufgrund der vorherrschenden Qualifikationsstruktur und unter sonst gleichen Bedingungen um 0,25 Prozentpunkte über dem westdeutschen Niveau liegt (vgl. **Tabelle 1**).

Die deutlichsten negativen Auswirkungen hat die Qualifikationsstruktur in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Der positive und vergleichsweise starke Qualifikationseffekt in den beiden Stadtstaaten und damit in zwei Kernstädten

Tabelle 1

Regionale Disparitäten und Determinanten der Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland 1993 - 2001						
Bundesland	Wachstumsrate der Beschäftigung	Determinanten* der Beschäftigungsentwicklung				
		Qualifikation	Lohn	Branche	Betriebsgröße	Standort
Schleswig-Holstein	-0,22	-0,14	0,05	0,08	0,37	-0,33
Hamburg	-0,38	0,25	-0,24	0,81	-0,33	-0,70
Niedersachsen	-0,13	-0,13	0,15	-0,03	0,16	-0,32
Bremen	-1,00	0,13	0,22	0,41	-0,25	-1,72
Nordrhein-Westfalen	-0,37	0,02	0,08	-0,12	-0,07	-0,07
Hessen	-0,19	0,18	-0,05	0,29	-0,11	-0,25
Rheinland-Pfalz	-0,24	-0,11	0,13	-0,25	0,10	-0,05
Baden-Württemberg	-0,21	0,09	-0,14	-0,07	-0,05	0,18
Bayern	0,15	0,03	-0,07	-0,04	0,00	0,53
Saarland	0,07	-0,10	0,61	-0,17	-0,18	0,40

* Effekte (in Prozentpunkten) als Abweichung vom durchschnittlichen Wachstum in den alten Bundesländern (Referenzraum)

¹ Eine ausführliche Beschreibung der verwendeten Daten und Methoden ist in den Länderstudien zu finden. Details zur Shift-Share-Regression werden bei Patterson (1991) und Blien/Wolf (2002) erläutert. Die Begrenzung des Analysezeitraums bis 2001 ist einer Umstellung in der Wirtschaftszweigsystematik geschuldet, die einen Bruch in der Zeitreihe bewirkt.

zeigt sich auch auf Kreisebene. Der Anteil der Kernstädte mit positivem Qualifikationseffekt liegt bei knapp zwei Dritteln, während er unter den anderen Kreisen nur bei 10 Prozent liegt. Bei den Kernstädten profitierten besonders Erlangen, Darmstadt und München von der Ausbildungsstruktur der Beschäftigten.

Lohnniveau

Ist das Lohnniveau in einer Region vergleichsweise hoch, sind aus theoretischer Perspektive unterschiedliche Auswirkungen denkbar. Aufgrund des Kostendrucks kann es einerseits zu einem Beschäftigungsrückgang kommen. Andererseits ist aber auch eine Zunahme des Beschäftigungsvolumens durch eine verstärkte Konsumgüternachfrage möglich (vgl. Jerger/Michaelis, 2002). Die VALA-Analysen verwenden einen besonders sorgfältigen zweistufigen Ansatz zur Ermittlung der Wirkungen des Lohnniveaus. Dabei wird der Lohn in einem ersten Schritt um strukturelle Effekte bereinigt.²

Die Regressionsergebnisse zeigen, dass der Lohneffekt im Saarland den höchsten positiven Wert hat und in Hamburg den größten negativen Wert erreicht. Im Gegensatz zur Bundeslandebene weist die kreisspezifische Verteilung des Lohneffekts schon eher eine räumliche Konzentration auf. So wirkt das Lohnniveau besonders in den Regionen um Stuttgart und München negativ auf die Beschäftigung.

Branchenstruktur

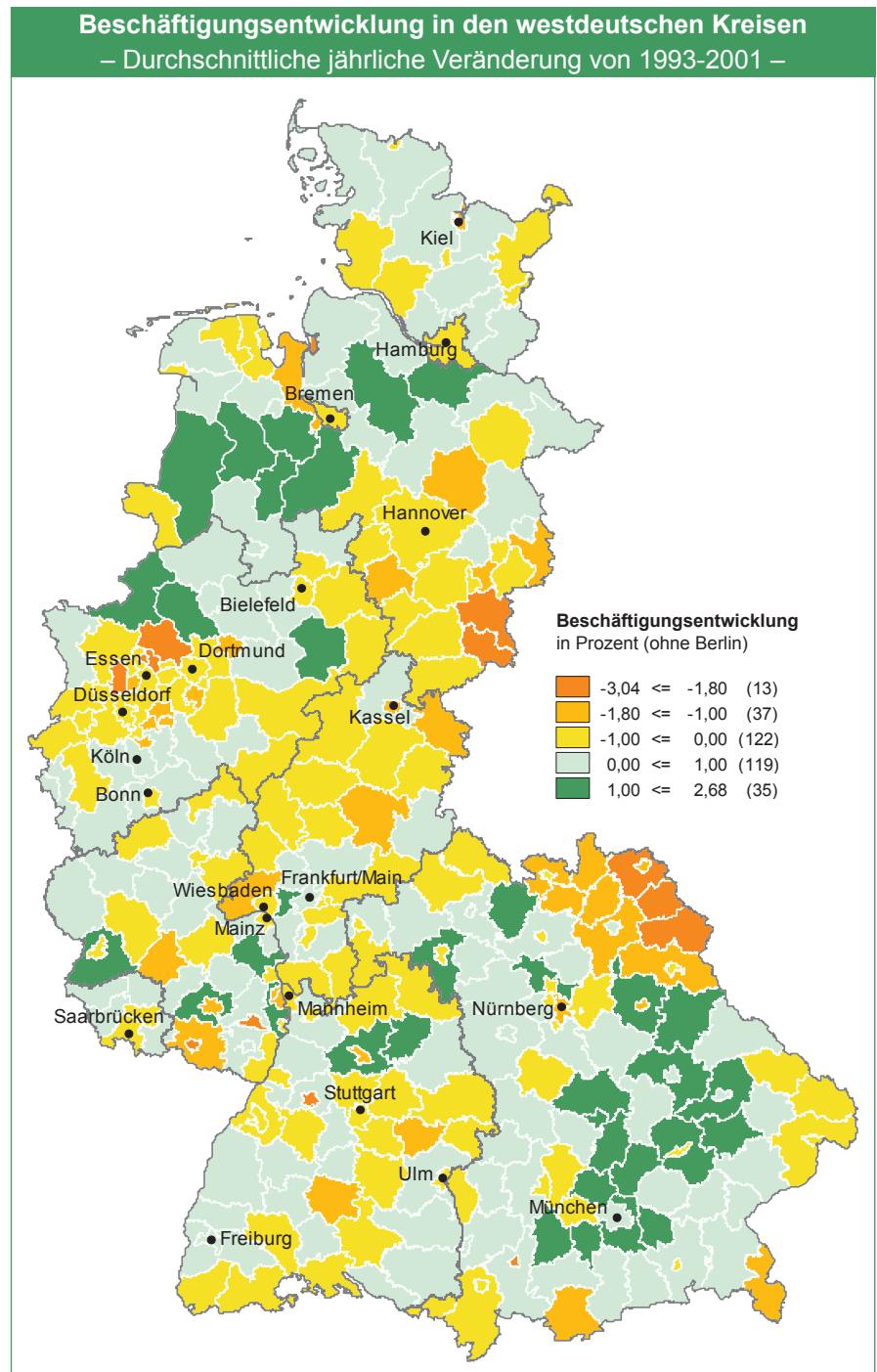
Der Produktzyklushypothese zufolge unterliegen Produkte und Branchen einem Alterungsprozess: Nach einer Periode starken Wachstums gelangen sie in eine Sättigungs- und anschließend in eine Schrumpfungsphase. Für den Arbeitsmarkt hat dies zur Folge, dass die Beschäftigung vor allem in Branchen zurückgeht, die eine Phase der Marktsättigung durchlaufen (vgl. Appelbaum/Schettkat, 1999). Ist die regionale Wirtschaftsstruktur von Schrumpfungsbranchen geprägt, dann ist dort ein

Rückgang des Beschäftigungsvolumens zu erwarten.

Die Untersuchungsergebnisse lassen erkennen, dass die deutlichsten Wachstumsimpulse von den vorwiegend wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen und vom Gesundheits- und Sozialwesen ausgehen, die in Westdeutschland zu den beschäftigungsstärksten Branchen zählen. Die Branchenstruktur begünstigt die Beschäftigungsentwicklung besonders in Hamburg, dem Bundesland mit dem

größten Anteil an wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen. In Rheinland-Pfalz setzen sich die Branchen dagegen besonders ungünstig zusammen.

Wie beim Qualifikationseffekt zeigt die kleinräumige Betrachtung der Ergebnisse, dass Kernstädte als Dienstleistungszentren von ihrer Branchenstruktur profitieren: Gut drei Viertel haben einen positiven Brancheneffekt, während dieser Anteil bei den anderen Kreisen gerade 15 Prozent beträgt. Unter



² Die Berechnung des Lohneffektes wird in den Länderberichten (www.iab.de/iab/publikationen/regional.htm) näher erläutert.

den Kernstädten begünstigt die Branchenstruktur in München und Frankfurt die Beschäftigung am deutlichsten. Die Kreise im Nordosten Bayerns und im nördlichen Ruhrgebiet, die durch ihren starken, regional abgegrenzten Beschäftigungsrückgang aufgefallen waren, weisen fast alle eine sehr ungünstige Branchenstruktur auf.

Betriebsgröße

Die Analyseergebnisse zeigen einen Zusammenhang zwischen der Betriebsgröße und der Beschäftigungsentwicklung. Während bei einem hohen Anteil großer Betriebe eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung auftritt, ist bei kleinen Betrieben und bei mittelgroßen Betrieben ein positiver Zusammenhang zu beobachten. Entgegen der verbreiteten Vermutung sind nicht Kleinbetriebe der eigentliche Hoffnungsträger für Beschäftigungszuwächse, sondern mittelgroße Betriebe. Es ist anzunehmen, dass die mit großen Betrieben verbundenen Abnahmen der Beschäftigung mit den sinkenden Transportkosten und der zunehmenden Globalisierung zusammenhängen. Beides kann den Produktionsprozess dahingehend verändern, dass Wertschöpfungsketten aufbrechen und die Fertigungstiefe abnimmt, was eine Verkleinerung der Betriebe zur Folge haben kann.

Den stärksten Effekt zeigt die Betriebsgrößenstruktur im Norden: Während sie in den beiden Flächenstaaten Schles-

wig-Holstein und Niedersachsen den stärksten positiven Einfluss hat, tritt die ungünstigste Wirkung in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen auf. Auch auf Kreisebene zeigt sich, dass bei 92 Prozent der Kernstädte der Betriebsgrößeneffekt negativ ist. Besonders betroffen sind hiervon Wolfsburg und Ludwigshafen am Rhein. Bei den anderen Kreisen überwiegt hingegen der positive Einfluss, hier weisen nur 16 Prozent einen negativen Effekt auf.

Standortfaktoren

Der im VALA-Projekt verfolgte ökonomische Ansatz erlaubt es, ökonomisch-strukturelle Einflussfaktoren von Sonderentwicklungen zu trennen, die in einzelnen Regionen aufgrund unterschiedlicher Standortbedingungen auftreten. Die Standorteffekte spiegeln eine Vielzahl von Standortbedingungen wider, wie die räumliche Entfernung zu Wirtschaftszentren, die Infrastrukturausstattung oder auch Unterschiede in der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Beim Standorteffekt liegt Süddeutschland mit Bayern, dem Saarland und Baden-Württemberg an der Spitze. Die ungünstigsten Standorteffekte sind dagegen im Norden zu finden, wobei die Stadtstaaten Bremen und Hamburg am schlechtesten abschneiden. In der Tendenz werden die Standortbedingungen also besser, je weiter südlich eine Region gelegen ist. In Schleswig-Holstein dürfte

neben anderen Faktoren insbesondere die fehlende Marktnähe des dünn besiedelten Gebiets zum negativen Standorteffekt beitragen. Während süd- und westdeutsche Regionen von ihrer günstigen Lage zu den großen Ballungszentren profitieren, können in Schleswig-Holstein auch großräumige Verkehrsnetze die fehlende Nähe zu großen Märkten nicht kompensieren.

Wie bei der Betriebsgröße schneiden Städte deutlich schlechter ab als die anderen Kreise. Knapp vier Fünftel der Kernstädte haben Standortbedingungen, die im Vergleich zum Bundesland zu einer unterdurchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung führen. Hier zeigen sich negative Agglomerationseffekte, die beispielsweise als Folge gestiegener Mieten, Immobilien- und Grundstückspreise Suburbanisierungsprozesse auslösen können. Auch die Stadtstaaten Bremen und Hamburg, die nach raumstrukturellen Gesichtspunkten zu den Kernstädten zählen, haben sich auf Bundeslandebene durch besonders ungünstige Standorteffekte ausgezeichnet. Gerade bei flächenintensiven Betrieben im Verarbeitenden Gewerbe können hohe Mietpreise in Verbindung mit einem begrenzten Angebot an Gewerbeflächen innerhalb der Stadtgrenzen eine Abwanderung ins Umland bewirken.

Länderprofile

Neben dem Ländervergleich bei einzelnen Determinanten erlaubt **Tabelle 1** auch einen Vergleich der untersuchten Effekte *innerhalb* eines Bundeslandes. Der stärkste Beitrag zur Erklärung regionaler Unterschiede geht vom Standorteffekt aus. Im Vergleich mit den anderen Determinanten hat er dem Betrag nach in vier Bundesländern die größte und in vier weiteren die zweitgrößte Wirkung. Von der Wirtschaftsstruktur geht ebenfalls ein vergleichsweise starker Effekt aus, während die Betriebsgröße und besonders das Qualifikationsniveau einen eher geringen Einfluss zeigen.

Betrachtet man die Faktoren mit dem größten positiven und dem größten negativen Effekt in einem Bundesland, so lassen sich fünf Gruppen unterscheiden (vgl. **Tabelle 2**).

Tabelle 2

Größter positiver und größter negativer Effekt pro Bundesland					
Bundesland	Standort	Branche	Lohn	Betriebsgröße	Qualifikation
Schleswig-Holstein	-			+	
Niedersachsen	-			+	
Hamburg	-	+			
Bremen	-	+			
Hessen	-	+			
Baden-Württemberg	+		-		
Bayern	+		-		
Nordrhein-Westfalen		-	+		
Rheinland-Pfalz		-	+		
Saarland			+	-	

Zunächst ist zu erkennen, dass Schleswig-Holstein und Niedersachsen – als die beiden nördlichsten Flächenstaaten – die gleichen Stärken und Schwächen aufweisen. Verglichen mit den anderen Faktoren haben die Standortbedingungen in beiden Ländern jeweils den stärksten negativen Effekt, während die Beschäftigungsentwicklung von der vorherrschenden Betriebsgrößenstruktur am meisten profitieren kann. Die positiven Betriebsgrößeneffekte weisen auf eine mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur hin. Mittelständische Unternehmer sind in der Regel über Netzwerkbeziehungen in einer Region stärker verwurzelt als Großunternehmer, so dass sie seltener internationale Kostenvorteile durch Abwanderung nutzen.

Zur zweiten Gruppe gehören die beiden Stadtstaaten und Hessen. Diese Gruppe zeichnet sich – wie bereits die erste – dadurch aus, dass die Standortfaktoren

zu den deutlichsten Beschäftigungsvorlusten führen. Die stärkste überdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung geht allerdings von der Branchenstruktur aus. Beschäftigung wird vor allem in Branchen geschaffen, in denen noch keine Marktsättigung eingetreten ist und deshalb Preissenkungen noch zu steigenden Absatzmengen führen. Als Folge nimmt dann sowohl die Produktion als auch möglicherweise die Beschäftigung in der Branche zu.

Bei der dritten Ländergruppe, zu der Baden-Württemberg und Bayern gehören, zeigen die regionsspezifischen Faktoren ebenfalls einen sehr großen Einfluss. Im Unterschied zu den vorherigen Ländern tragen sie jedoch zu einer Beschäftigungsentwicklung bei, die über dem Durchschnitt liegt. Dieser positive Effekt geht möglicherweise auf dynamische Agglomerationsvorteile zurück, die neueren regionalökonomischen Ansätzen

zufolge u.a. aus vielseitigen Innovationsprozessen und dem hohen Humankapitalbestand einer Region resultieren können. Rückgänge der Beschäftigung sind in diesen beiden Ländern in erster Linie auf das Lohnniveau zurückzuführen.

In Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz leidet die Beschäftigungsentwicklung unter der Branchenstruktur. Vom Lohnniveau gehen dagegen die deutlichsten positiven Effekte aus. Auch im Saarland hat der Lohn den größten positiven Einfluss, den stärksten negativen Einfluss übt die Betriebsgröße aus.

Diese Zusammenstellung verdeutlicht, welche Bundesländer bei welchen Wirkungsgrößen relative Vorteile haben. Sie zeigt aber auch, in welchen Bereichen noch Verbesserungspotenziale erkennbar sind und verweist somit auf erste Ansatzpunkte für mögliche beschäftigungspolitische Förderkonzepte. Förderstrategien unterscheiden sich unter anderem dadurch, ob sie sich auf regionale Schwächen oder Stärken konzentrieren. Wie **Tabelle 2** verdeutlicht, üben die Standortfaktoren in den meisten Bundesländern die stärkste Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung aus, so dass eine gezielte Förderung dieser Faktoren ein besonders großes Verbesserungspotenzial vermuten lässt. Aus wohlfahrtsökonomischer Sicht sind bei regionalpolitischen Maßnahmen neben den möglichen Beschäftigungsgewinnen auch die mit ihnen verbundenen Kosten zu berücksichtigen.

Zur Methode

Die ökonometrische Analyse der regionalen Beschäftigungsentwicklung (in Vollzeitäquivalenten) basiert auf einer Panel-Shift-Share-Regression. Sie erlaubt eine Unterscheidung von strukturellen und standortspezifischen Einflussfaktoren auf das Beschäftigungswachstum. Vereinfacht dargestellt sieht das Modell so aus:

Regionales Beschäftigungswachstum

- = durchschnittliche Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland
- + Brancheneffekt
- + Betriebsgrößeneffekt
- + Qualifikationseffekt
- + Lohneneffekt
- + Standorteffekt
- + Periodeneffekt

Die Regressionsgleichung ermittelt für jede Variable Richtung und Stärke ihrer Wirkung auf das Beschäftigungswachstum. Sie gibt an, wie das Beschäftigungswachstum reagiert, wenn sich der Wert einer dieser Variablen ändert und die restlichen konstant gehalten werden. Die Effekte auf das regionale Beschäftigungswachstum werden durch die Verknüpfung der Wirkung (Koeffizienten) der Branchen und weiterer quantitativer Variablen mit ihren jeweiligen regionalen Ausprägungen gebildet. Beispielsweise wird für den Qualifikationseffekt die Beschäftigungswirkung der verschiedenen Qualifikationsniveaus mit dem regionalen Anteil der jeweiligen Qualifikationsgruppe an der Beschäftigung gewichtet und anschließend die Summe darüber gebildet.

Bei gegebener Wirkung der Variablen führt somit eine Abweichung ihrer regionalen Struktur von der durchschnittlichen Struktur des Referenzraums Westdeutschland zu einer entsprechenden Abweichung der regionalen Wachstumsrate der Beschäftigung von der durchschnittlichen westdeutschen Wachstumsrate. Der kreisspezifische Standorteffekt bildet weitere systematische, durch die sonstigen Variablen nicht erfasste Einflüsse auf die regionale Beschäftigungsentwicklung ab. Der Periodeneffekt enthält die konjunkturellen Schwankungen.

Fazit

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass ein guter Teil der regionalen Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung auf ökonomische Einflussgrößen zurückzuführen ist. Zum Beispiel wird überaus klar, welche große Bedeutung Investitionen in die Bildung haben. Regionen mit überdurchschnittlich qualifizierten Beschäftigten wachsen schneller. Dies wird in verschiedenen theoretischen Ansätzen bezüglich der Produktivität erwartet – es zeigt sich nun auch direkt im Hinblick auf den Arbeitsmarkt.

Die Analyse der Branchenstruktur lässt erkennen, dass die sektorale Zusammensetzung eine vergleichsweise große

Bedeutung für die regionale Beschäftigungsentwicklung hat. Eine hohe Konzentration schrumpfender Branchen birgt zudem die Gefahr, dass die Entwicklung der gesamten Region auf einen negativen Pfad gerät.

Die Ergebnisse hinsichtlich der Betriebsgröße legen nahe, in erster Linie günstige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung etwas größerer Einheiten zu schaffen. Dies würde mit einiger Wahrscheinlichkeit zu einer besseren Beschäftigungsentwicklung führen als die weit verbreitete Ausrichtung auf kleine Einheiten.

Weitere Hinweise auf regionenspezifisches Handlungspotenzial lassen sich aus den teilweise sehr starken Standorteffekten ableiten. In den mehrfach erwähnten Länderberichten werden die jeweiligen Standorteffekte ausführlicher diskutiert und unter Verwendung externer Informationen weiter aufgegliedert.

Impressum

IAB Kurzbericht
Nr. 4 / 24.3.2006

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit
IAB Bestellservice
c/o IBRo Versandservice GmbH
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Fax: 01804 00 38 66
e-Mail: arbeitsagentur@ibro.de

IAB im Internet: <http://www.iab.de>
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Dr. Oliver Farhauer, Tel. 0345/1332-232
Dr. Nadia Granato, Tel. 0345/1332-231
oder e-Mail: vorname.name@iab.de

ISSN 0942-167X

Literatur

Appelbaum, E.; Schettkat, R. (1999): Are prices unimportant? The changing structure of the industrialized economies. In: Journal of Post Keynesian Economics, Vol. 21, S. 387-398.

Blien, U.; Wolf, K. (2002): Regional development of employment in Eastern Germany – an analysis with an econometric analogue to shift-share techniques. In: Papers in Regional Science, Vol. 81, S. 391-414.

Grossman, G. M.; Helpman, E. (1991): Innovation and Growth in the Global Economy, 1991.

Jerger, J.; Michaelis, J. (2003): Wage Hikes as Supply Shocks. In: Metroeconomica, 54. Vol., S. 434-457.

Patterson, M. G. (1991): A Note on the Formulation of the Full-Analogue Regression in Model of the Shift-Share Method. In: Journal of Regional Science, 31. Vol., S. 211-216.

Rottmann, H.; Ruschinski, M. (1998): The Labour Demand and the Innovation Behaviour of Firms, In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 217. Jg., S. 741-752.